Kehrwieder am Sonntag vom 08./09.09.2018, S.10

Mehrheitsgruppe im Kreistag legt Gutachten vor / Pro Schacht Initiative fordert zügige Entscheidung

# Staatsanwaltschaft beauftragt Vorermittlung zu Siegfried-Giesen

*Von Björn Stöckemann*

**GIESEN.** Die Staatsanwaltschaft Hildesheim prüft, ob die Situation an der Althalde des stillgelegten Kalibergwerkes Siegfried-Giesen eine strafrechtliche Relevanz hat. Das bestätigte ein Sprecher auf Nachfrage des KEHRWIEDERs.

Das bedeutet nicht zwingend, dass ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird und auch noch nicht zwingend, dass ein Anfangsverdacht besteht. Die Berichterstattung der zurückliegenden Wochen hat die zuständigen Stellen aber veranlasst, Informationen einzuholen, um zu prüfen, ob eine Grundwasserverunreinigung vorliegt.

Sollte das Grundwasser unter der Althalde tatsächlich durch die bestehende Kali-Halde in Mitleidenschaft gezogen worden sein, könnte mindestens eine Ordnungswidrigkeit vorliegen, wenn nicht sogar ein Straftatbestand erfüllt sein. Gegen wen sich solche entsprechende Ermittlungen dann richten würden, konnte die Staatsanwaltschaft Hildesheim zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Die Kreistagsmehrheit aus SPD und CDU hat unterdessen ein Gutachten der Kanzlei de Witt vorgelegt. Darin nimmt der Gutachter auch zu der Problematik der Althalde Stellung und kommt zu dem Fazit: „Das Bergamt hat im Einvernehmen mit dem Landkreis Maßnahmen hinsichtlich der Gewässerverunreinigung durch die Althalde zu ergreifen."

Das elf Seiten starke Gutachten bestätigt vor allem die Vorsitzenden von SPD und CDU, Klaus Bruer und Friedhelm Prior. „Das ist ein Hammer", findet Bruer, der Vorwurf „ungeheuerlich". Die Kreistagsabgeordneten wollen jetzt ein Gespräch mit Vertretern der Kreisverwaltung, dem zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie dem Unternehmen Kali und Salz (K+S), welches die Althalde betreibt und die Wiederinbetriebnahme des stillgelegten Bergwerkes plant, anstreben.

Vergangene Woche noch hatte der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies von der SPD angekündigt, der Kreisverwaltung eine „fachbehördliche Weisung" zu erteilen, um das seit einigen Monaten in der Schwebe befindliche Planfeststellungsverfahren über die Wiederinbetriebnahme des Bergwerkes zu einem Abschluss zu bringen. Für eine neue Stellungnahme war bis Redaktionsschluss im Ministerium niemand zu erreichen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Friedhelm Prior ist wenig begeistert über die angekündigte Einmischung aus Hannover. „Das Volk, vertreten durch die Kreistagsabgeordneten, hat das letzte Wort", erinnert er. „Wir unterliegen dem Gesetz und unserem Gewissen. Man kann uns doch nicht zu einer Entscheidung zwingen."

## Pro Schacht ergreift das Wort

In Emmerke hat, ebenfalls in dieser Woche, die Bürgerinitiative „Pro Schacht" zum ersten offiziellen Treffen geladen. „Wir wollen offensiv und objektiv informieren", erklärte der Vorsitzende des Vereins, Konrad Nave, dem voll besetzten Saal.

Unter den Zuhörern waren neben Bürgerinnen und Bürgern auch eine handvoll Vertreter der Bürgerinitiative Giesen-Schacht, die schon länger besteht und den Plänen der Wiederinbetriebnahme kritisch gegenübersteht, sowie einige Kreistagsabgeordnete von CDU, FDP und den Unabhängigen.

„Da, wo die Wirtschaft nicht funktioniert, gibt es auch keinen Umweltschutz", erinnerte Vereinspräsident Hermann Rappe, ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Chemie-Gewerkschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung, die sich die Befürworter von dem Projekt für die Region versprechen, würde dazu beitragen, Umweltschutz zu ermöglichen. „In Umwelt kann man investieren. Wir wollen natürlich eine gesunde Umwelt, aber brauchen auch eine wirtschaftliche Entwicklung, damit das möglich ist."

Neben Vertretern vom Landkreis sowie K+S sind auch Christian Bebek, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK-Hannover, und Jürgen Garms, Geschäftsführer der Handwerkskammer Hildesheim-Südniedersachsen, der Einladung der Pro Schacht-Initiative gefolgt.

Es sei schließlich eine „angenehme Erscheinung", dass sich eine BI für etwas einsetze, findet Bebek. Denn das Planfeststellungsverfahren für Siegfried-Giesen ist, seiner Ansicht nach, ein „sehr negatives Beispiel für ein extrem politisiertes Verfahren".

Garms verzichtet auf eine Bewertung des Verfahrens und ordnete die Pläne aus Sicht des Handwerks ein. Die Aussicht auf 500 neue Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie die Investitionen des Unternehmens K+S in die Region bewertet er eher skeptisch. Dass das lokale Handwerk davon profitieren könnte, sei nicht ausgeschlossen, genauso müsse aber auch bedacht werden, dass viele Betriebe bereits ausgelastet sein und Fachkräfte vielerorts händeringend gesucht werden. „Eine gute Planung, sinnvolle Umweltauflagen und positiver Gestaltungswille aller Seiten" könnten zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes führen.

Blieb noch das Schlusswort von Markus Brinkmann, Landtagsabgeordneter. „Politik ist gewählt, um zu entscheiden. Wer nicht entscheidet, der verwaltet den Stillstand und Stillstand bedeutet Rückschritt."